



DEUTSCHLAND | Donnerstag, 25. Oktober 2012, 16:31 Uhr

Abgeordnete sollen Nebeneinkünfte genauer offenlegen

Von MONIKA PILATH, DAPD



Künftig sollen die Bundestagesabgeordneten ihre Nebeneinkünfte genauer offenlegen. dapd

In Zukunft soll es im Bundestag in Sachen Nebeneinkünfte transparenter zugehen als bisher. Die Rechtsstellungskommission des Parlaments beschloss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, dass die Abgeordneten künftig detaillierter darlegen müssen, was sie neben ihrem Mandat verdienen. Die bisherigen Transparenzregeln sollen erweitert werden, teilte Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) nach der Sitzung mit.

Zehn statt drei Stufen

Bislang müssen die Abgeordneten Einkünfte für jede einzelne Tätigkeit anzeigen, sofern sie mehr als 1.000 Euro im Monat beziehungsweise 10.000 Euro im Jahr betragen. Die Angaben werden in Stufen veröffentlicht. Die erste Stufe erfasst einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte von 1.000 bis 3.500 Euro, die zweite Stufe bis 7.000 Euro und die dritte Stufe über 7.000 Euro.

Nach dem Kommissionsbeschluss soll es künftig zehn Stufen geben, wie Solms erläuterte. Gleich bleiben sollen danach die ersten drei Stufen. Dann folgen Einkünfte bis 15.000, 30.000, 50.000, 75.000, 100.000, 150.000, 250.000 und über 250.000 Euro. Die seit Jahren geführte Diskussion über neue Transparenzrichtlinien war wegen der [Honorare des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück](#) neu entbrannt.

Solms sagte, ab wann die neuen Regeln gelten, sei noch nicht klar. Möglich sei etwa, dass sie zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Herbst 2013 in Kraft träten. Am kommenden Donnerstag werde sich die Kommission nun mit weiteren Aspekten der Verhaltensregeln für Abgeordnete befassen, sagte der Parlamentsvizepräsident.

Dazu zähle die Frage, ob für die Zuordnung der Einkünfte zu den Stufen künftig ausschließlich die jährlichen Verdienste maßgebend sein sollen, sodass die jetzige Unterscheidung zwischen monatlichen und jährlichen Einkünften entfallen könne. Anschließend werde der Vorschlag dem Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages übergeben, der für das Bundestagsplenar eine Vorlage erarbeiten werde.

Opposition geht neue Nebeneinkünfte-Regelung nicht weit genug

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, betonte, die Sozialdemokraten wollten weiterhin eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte nach Euro und Cent. Die Koalition habe sich bewegt, sei "aber immer noch nicht bereit, echte Transparenz herzustellen". Sein Amtskollege von den Grünen, Volker Beck, attestierte der Koalition ebenfalls, einen Schritt vorangegangen zu sein. Sie bleibe aber weit hinter den Vorschlägen seiner Fraktion zurück. "[Es bleibt Heuchelei](#)", dass die Koalition von Steinbrück eine Transparenz verlangt, die sie nicht für alle gelten lassen will", sagte Beck.

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, Dagmar Enkelmann, sprach von einem "Minischritt" der Koalition. Das Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei, Klaus Peukert, unterstrich, es sei "nicht nur wichtig, wie viel ein Abgeordneter nebenbei verdient, sondern vor allem auch, von wem er Geld" bekomme. "Nur wenn der Bürger weiß, von wem Abgeordnete bezahlt werden und für wen sie arbeiten, kann er sich ein vollständiges Bild über deren Unabhängigkeit machen."

Solms zeigte sich dagegen "sehr zufrieden" mit dem Ergebnis. Die "leidige Diskussion über die Nebeneinkünfte" könne nun beendet werden. Den Abgeordneten bleibe es unbenommen, weitere Angaben zu ihren Nebeneinkünften zu machen.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), sagte, die Koalition lege die Grundlage für Transparenz, "ohne das freie Mandat in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise einzuschränken". Der CDU-Politiker betonte: "Das ist ein großer Fortschritt und ein sehr gutes Signal. Es zeigt: Wir handeln, andere reden."

Verbände begrüßen neue Transparenzregeln

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen Transparency International Deutschland und Campact begrüßten den Plan der Koalitionsfraktionen. "Der Beschluss schafft mehr Transparenz über hohe Nebeneinkünfte von Abgeordneten - das ist ein großer Fortschritt. Wir streiten aber weiter für Transparenz auf Euro und Cent", sagte Christoph Bautz vom Kampagnennetzwerk Campact. Die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller, bedauerte, dass sich der Vorschlag der SPD nicht durchgesetzt habe. Die Transparenzorganisation Abgeordnetenwatch forderte, SPD und Grüne sollten in den Landesparlamenten, in denen sie eine Mehrheit haben, eine Kompletteröffentlichung der Nebeneinkünfte durchsetzen. Dies würde den Druck im Bund erhöhen.

Kontakt zum Autor: redaktion@wallstreetjournal.de